

WAHLPRÜFSTEINE DER FÖDERALISTISCHEN UNION EUROPÄISCHER NATIONALITÄTEN (FUEN) ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

ANTWORTEN VON DER PARTEI DIE LINKE

Themenkomplex 1: Autochthone nationale Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland

- 1. Unterstützen Sie die Verankerung des Minderheitenschutzes im Grundgesetz (beispielsweise durch die Aufnahme eines zusätzlichen Absatzes in Artikel 3 GG) und welche Schritte planen Sie hierzu?**

Ja, Die Linke unterstützt seit vielen Jahren diese Forderung. In Brandenburg hat Die Linke im Sommer 2019 zusammen mit ihrem damaligen Koalitionspartner und dem Freistaat Sachsen einen entsprechenden Antrag des Landes Schleswig-Holstein mitgetragen, der in den Bundesrat eingebracht wurde. Leider liegt er dort – nach Ausschussberatung – immer noch „auf Eis“, wurde also nicht abschließend entschieden. In unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 haben wir die Forderung nach einer entsprechenden Grundgesetzänderung, die nicht nur die in Deutschland anerkannten Minderheiten, sondern auch die hier anerkannte Regionalsprache Niederdeutsch einschließen sollte, erneut erhoben. Für ein Gelingen dieses Vorhabens ist es essenziell, dass die Verbände der Minderheiten in Deutschland die Forderung nach einer Grundgesetzänderung dauerhaft auf ihre politische Agenda setzen. Unsere Partei würde diese Forderung im Bund und in den Ländern mit allen Kräften unterstützen.

- 2. Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Belange der autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland im zukünftigen Regierungsprogramm beziehungsweise im Koalitionsvertrag angemessen berücksichtigt und ihre Förderung langfristig gesichert wird?**

Die Linke kämpft mit aller Kraft um den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag, und zwar in Fraktionsstärke. Wir gehen jedoch davon aus, dass wir nicht Partner in einer Bundesregierung sein werden. Auch, wenn wir wahrscheinlich nicht am künftigen Regierungsprogramm bzw. Koalitionsvertrag mitschreiben werden, werden wir mit unseren Partner:innen aus der Zivilgesellschaft Druck ausüben, damit die Belange der Minderheiten angemessen berücksichtigt werden.

3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die politische und gesellschaftliche Partizipation der autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland zu stärken, etwa durch die Einrichtung weiterer beratender Gremien oder gezielte Förderprogramme?

Auf der Bundesebene wurde in den vergangenen Jahrzehnten – unter maßgeblicher Mitwirkung der anerkannten Minderheiten - ein ganzes System von Gremien und Maßnahmen etabliert, die der gezielten Förderung und Partizipation der Minderheiten dient: die beratenden Ausschüsse für die verschiedenen nationalen Minderheiten und die Niederdeutschsprechenden, die Schaffung des Minderheitenrates und damit verbunden die Finanzierung des Minderheitensekretariats, die jährliche finanzielle Unterstützung des Bundes für die Friesen-Stiftung ...

Und dennoch: Bereits in der Vergangenheit gab es seitens der Bundesregierung wiederholt Versuche, sich aus der Beteiligung an der Finanzierung der Minderheiten zurückzuziehen bzw. die Mittel drastisch zu kürzen. Die Linke wird sich weiter dafür einsetzen, dass der Bund sich seiner Verantwortung für die Finanzierung von Minderheitenpolitik stellt – denn schließlich geht es um die Umsetzung von europäischen Abkommen, die die Bundesrepublik unterzeichnet hat. Nach unserer Überzeugung müssen die Mittel des Bundes und der Länder für die Unterstützung der Minderheiten an die gestiegenen Bedarfe angepasst werden. Die Auswirkungen der Inflation wie auch höhere Aufwendungen für tarifgebundene Vergütungen müssen bei der Höhe der Zuwendung berücksichtigt werden.

Von besonderer Bedeutung ist für uns die Unterstützung der Sinti und Roma, die mehr als alle anderen anerkannten Minderheiten bis heute von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind. Rassismus gegen Sinti und Roma muss wirksam bekämpft werden, die Empfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission Antiziganismus müssen weiter umgesetzt werden.

Was die konkreten Formen der Partizipation der anerkannten Minderheiten anbetrifft, so wäre es wünschenswert, wenn die Mitwirkungsmöglichkeiten unmittelbar im Deutschen Bundestag spürbar erweitert werden. Vorbild könnte z. B. der Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden beim Landtag Brandenburg sein, der mittlerweile seit über 30 Jahren die Minderheitenpolitik des Landtages aktiv mitgestaltet.

4. Welche konkreten Schritte beabsichtigen Sie, um das öffentliche Bewusstsein für die vier anerkannten autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland zu fördern und ihre sprachliche und kulturelle Vielfalt langfristig zu sichern?

Nach Auffassung der Linken müssen die in Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten sowohl in der Öffentlichkeitsarbeit von Bundestag und Bundesregierung als auch in der Bildungsarbeit auf allen Ebenen – bis hin zu den Schulen – eine größere Rolle spielen. Es ist nicht hinnehmbar, dass viele Menschen in Deutschland nicht wissen, dass hier nationale Minderheiten leben, deren Sprache und Kultur durch Abkommen des Europarates geschützt ist. Die in Deutschland lebenden Sinti und Roma bedürfen wegen

des Antiziganismus bis in die Mitte der deutsche Gesellschaft einer besonderen Berücksichtigung. Was gebraucht wird sind Bildungsangebote in verschiedenen Formaten, die einen angemessenen finanziellen Zuschuss abgesichert werden müssen und in enger Abstimmung mit den Minderheiten erarbeitet werden.

Themenkomplex 2: Deutsche Minderheiten im Ausland

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die finanzielle Förderung der deutschen Minderheiten im Ausland (aktuell über das BMI und AA sowie auf der Grundlage von § 96 BVFG seitens der/des BKM), die nach wie vor auf der Milderung des Kriegsfolgeschicksals basiert, in der kommenden Legislaturperiode erhalten oder erhöht wird?

Ja, Die Linke wird sich dafür einsetzen, dass die finanzielle Förderung der deutschen Minderheiten im Ausland auch in der kommenden Legislaturperiode gesichert ist. Die entsprechenden Zuschüsse sind unter Berücksichtigung der Inflation sowie ggf. auch neuer Bedarfe anzupassen.

2. Wie möchte Ihre Partei gewährleisten, dass die Förderung der deutschen Minderheiten im zukünftigen Regierungsprogramm beziehungsweise im Koalitionsvertrag fest verankert wird?

Siehe Antwort zu Frage 2 im Themenkomplex 1

3. Wie wollen Sie die Rolle der deutschen Minderheiten als Mittler zwischen ihren jeweiligen Heimatländern und Deutschland durch bilaterale Programme oder institutionelle Kooperationen stärken?

Die Erfahrungen der deutsch-dänischen Kooperation belegen seit Jahrzehnten, welchen praktischen Nutzen die Förderung der jeweiligen Minderheitensprache im Nachbarland haben kann. Ähnliches könnte auch im deutsch-polnischen Verhältnis zum Tragen kommen, denn nicht nur die deutsche Minderheit in Polen, sondern auch die (durch die Bundesrepublik bisher nicht anerkannte) polnische Minderheit in Deutschland gehören zur Realität im Europa des 21. Jahrhunderts. Hier wie auch in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gibt es große Potenziale, die Förderung der deutschen Minderheiten in diesen Ländern könnte einen wichtigen Beitrag zu einem „Europas der Vielfalt“ leisten. Konkrete Vorstellungen der Verbände nehmen wir gern entgegen und werden sie prüfen.

4. Unterstützen Sie, dass das Amt der/des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten weiterhin bestehen bleibt und mit gestärkten Kompetenzen ausgestattet wird? Befürworten Sie zudem die Einrichtung eines „Gesprächskreises Deutsche Minderheiten“ im Deutschen Bundestag?

Die Linke unterstützt grundsätzliche Bemühungen, für die Belange bestimmter Betroffenenengruppen Beauftragte einzusetzen. Bezogen auf nationale Minderheiten betrifft das insbesondere die Beauftragte oder den Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sowie die Beauftragte oder den Beauftragten gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland. Forderungen aus einzelnen Parteien zur Abschaffung solcher Ansprechpartnerinnen für die Minderheiten werden wir uns entgegenstellen. Wir setzen uns vielmehr dafür ein, dass diese Beauftragten über angemessene finanzielle Mittel zur Förderung von Projekten im Interesse der nationalen Minderheiten verfügen.

Ob die Einrichtung eines „Gesprächskreises Deutsche Minderheiten“ beim Deutschen Bundestag sinnvoll ist, werden wir prüfen, wenn uns Ihre Vorschläge vorliegen. Bisherigen Gesprächsformaten, wie etwa dem Parlamentarischen Frühstück mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten mit Mitgliedern des Bundestages, stehen wir auf jeden Fall weiter aufgeschlossen gegenüber.

Themenkomplex 3: Europäische Union

1. Wie stehen Sie zur Minority-SafePack-Initiative, und welche konkreten Ansätze verfolgt Ihre Partei, um den Minderheitenschutz auf EU-Ebene – trotz der politischen Hürden – weiter voranzutreiben?

Die Linke hat die Minority-SafePack-Initiative von Beginn an unterstützt. Dazu gehörte, dass Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei selbst zahlreiche Unterschriften für die Initiative in Deutschland gesammelt haben; nach der Ablehnung der Initiative durch die Europäische Kommission haben wir in verschiedenen Bundesländern die Regierungschefs aufgefordert, gegenüber Brüssel initiativ zu werden. Die Linke hält die Forderungen der FUEN „Zur Entwicklung eines europäischen Rechtsrahmens für den Schutz und die Förderung von Minderheiten“, wie sie auf dem FUEN-Kongress in Husum 2024, verabschiedet wurden, für zweckdienlich und wird sie vor allem im Bundestag unterstützen.

2. Die Umsetzung der Vorschläge der Minority-SafePack-Initiative war Teil des Regierungsprogramms beziehungsweise der Koalitionsvereinbarung in Deutschland. Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Arbeit an der Verwirklichung der Bestimmungen in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt wird, um Deutschland als Vorbild für die Implementierung der Minority-SafePack-Initiative auf der Ebene der Nationalstaaten zu etablieren?

Im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP stand der Satz „Die Initiative Minority SafePack unterstützen wir proaktiv und setzen sie in Deutschland um.“ Das die minderheitenpolitischen Standards in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen europäischen Ländern deutlich besser sind, ist unbestritten. Deshalb sollte der Fokus für ein „proaktives“ Handeln der deutschen Bundesregierung zur Umsetzung der Minority-SafePack-Initiative künftig weniger auf Deutschland, sondern stärker auf die

europäische Ebene, vor allem den Rat und die Europäische Kommission, gerichtet sein. Denn Fakt ist, dass es auf europäischer Ebene keine sichtbaren Veränderungen gegeben hat. Insofern hat die Unterstützung der Minority- SafePack-Initiative gegenüber den Gremien der EU nichts an Aktualität verloren. Als Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag können wir dieses Thema im Parlament aufrufen. Ohne den dauernden Druck der europäischen Minderheiten und ihrer Vereinigung auf alle Mitgliedstaaten wird es jedoch keine gravierenden Änderungen geben. Dazu möchten wir die FUEN ausdrücklich ermuntern. Zu Gesprächen stehen unsere Abgeordneten im Deutschen Bundestag auch künftig gern zur Verfügung.

3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die politische Repräsentation nationaler Minderheiten in der EU zu stärken, beispielsweise durch die Unterstützung der Wirksamkeit der Interfraktionellen Arbeitsgruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen im Europäischen Parlament?

Die Frage, welche Politik die EU-Mitgliedsstaaten, aber auch die Beitrittskandidaten für und mit den in ihren Ländern lebenden Minderheiten umsetzen, muss einen höheren Stellenwert auf EU-Ebene erhalten. Denn: Konflikte in Europa und weltweit hängen auch damit zusammen, dass Rechte von Minderheiten mit Füßen getreten werden. Vor diesem Hintergrund ist für künftige Mitglieder der EU, aber auch für heutige EU-Staaten der Schutz von Minderheiten eine Aufgabe, der sich Parlamente und Regierungen und die Zivilgesellschaften in diesen Ländern stellen müssen.

Die interfraktionelle Arbeitsgruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen im Europäischen Parlament hat sich zwischenzeitlich konstituiert. Mitglieder der Linksfraktion im Europäischen Parlament werden deren Arbeit unterstützen.

4. Sind Sie bereit, einen systematischen Dialog zwischen nationalen Minderheiten, politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie der Zivilgesellschaft auf EU-Ebene zu fördern? Welche konkreten Mechanismen schlagen Sie hierfür vor?

Wir halten den Vorschlag der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten zur Einsetzung eines beratenden Gremiums der Europäischen Kommission, das bei der Politikgestaltung und der Umsetzung der EU-Gesetzgebung in Bezug auf traditionelle nationale und sprachliche Minderheiten in der EU und ihrer Nachbarschaft fachkundig zur Seite steht, für sinnvoll und werden diesen Vorschlag unterstützen. Gern werden wir auch weitere Vorschläge der FUEN prüfen.